Der Feind in unserer Gesellschaft

Die Corona-Krise und die Frage nach einer Zeitenwende

Ein Essay von Alexandra Manske

Soviel Solidarität war selten. Plötzlich wird sie wieder als sozialer Kitt der Gesellschaft entdeckt. Es scheint, als befinden wir uns mitten in einer sozialmoralischen Zeitenwende. Statt um die Kultivierung eines unternehmerischen Selbst geht es nun um Solidarität. Man möchte fast meinen, es steht ein neuer Gesellschaftsvertrag ins Haus, dem es mehr auf sozialen Zusammenhalt als auf Leistungseliten ankommt. Zumindest regt sich in unserer Gesellschaft angesichts des neuartigen Corona-Virus' ein außerordentliches Kollektivbewusstsein. »Solidarität« ist allgegenwärtig – in den Medien, seitens der virologischen Fachexperten sowie auch in den Ansprachen der Kanzlerin und des Bundespräsidenten. Aus Solidarität bleiben wir Zuhause und halten Abstand zu unseren Mitmenschen. Zeugnis einer viral ausgelösten Solidarität sind auch die wirtschaftlichen Soforthilfen für Solo-Selbstständige auf Bundes- und Landesebene oder die auf zivilgesellschaftlicher Ebene eingerichteten, mehr oder weniger üppige Rettungsschirme für Künstler*innen.

Ob auf institutioneller oder sozialmoralischer Ebene, das Corona-Virus scheint ein neues, soziales Zusammengehörigkeitsgefühl zu stiften – okay, mit ein paar Ausnahmen, aber im Großen und Ganzen schon. Was in der postindustriellen, neoliberal regierten Gesellschaft lange aussichtslos schien, besorgt nun ein als gesellschaftlicher Feind identifiziertes Virus. Sars-CoV-2 aktiviert Solidaritäts-Konstellationen, in deren Zuge ressourcenstarke Gruppen den schwächeren unter die Arme greifen und das öffentliche Leben, vielmehr das, was davon übrig ist, von einem veritablen Wir-Gefühl angetrieben wird. Wenn Solidarität allgemein die wechselseitige Verantwortung in der Gesellschaft beschreibt (Bude 2019), drängen sich durch deren seuchenbedingte Bedrohungslage einige Fragen auf: Hat Corona die längst unbestrittene Zeitdiagnose einer Ent-Solidarisierung der Gesellschaft wirklich mit einem neuen Solidaritätsgefühl überholt? Ist das mehr als ein Krisenphänomen? Kommt nach der neoliberal regierten nun die solidarisch verfasste Gesellschaft? Wie wird gesellschaftliche Arbeit in einer Post-Corona-Gesellschaft sozial und ökonomisch honoriert? Werden die frauen- und niedriglohndominierten Branchen im Sozial- und Pflegebereich aufgewertet? Und wie nachhaltig kommt die neue Solidarität im Kulturbereich an?

Dass das kollektive Bewusstsein einer solidarisch zu bewältigenden Bedrohungslage jüngst Risse bekommt und in einen Streit darüber umschlägt, wie die Lockerungen nun ausfallen und der Übergang in eine Post-Corona-Gesellschaft gestaltet werden soll, ist für eine demokratische, plural organisierte Gesellschaft im Kern eine gute Nachricht. Geradezu unheimlich war die diskursive Stille der ersten Phase des gesellschaftlichen Lockdowns, eine Art Schockreaktion vielleicht. Unverkennbar nun aber, dass dieses Virus auch die soziale Frage neu stellt. Es schürt soziale Konflikte um die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen. So konstatiert etwa Bert Rürup, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, auch Rat der »Wirtschaftsweisen« genannt, dass unsere Zukunft in Anbetracht der weltweiten Ausbreitung des neuartigen Corona Virus nicht nur vom Kapitalstock der Unternehmen abhänge, sondern gleichermaßen vom Zusammenhalt der Gesellschaft. Mehr noch, fügt

Rürup in einem Gastbeitrag im »Tagesspiegel« an, es brauche einen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Bewertung von Arbeit sowie einen lenkenden und umverteilenden Staat. Denn Rürup findet, dass die neoliberalen Rezepte der Agenda 2010 Ära versagt haben.

Aus soziologischer Sicht ist dies freilich keine sonderlich überraschende Erkenntnis, sind doch die prekären Folgen der renditeorientierten Verschlankung und Kommerzialisierung des Gesundheits- und Kultursektors schon lange ein Gegenstand soziologischer Forschung, auch meiner eigenen (z.B. Manske 2016). Interessant ist aber, dass der Neoliberalismus nun selbst von seinen (ehemaligen) Verfechtern, wie beispielsweise von Rürup, für gescheitert erklärt wird. Und auch Wolfgang Schäuble, der Minister der schwarzen Null, befindet in einem Interview mit dem »Tagesspiegel«, dass das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft neu justiert werden müsse. Aufschlussreich ebenso, wenn einer der Architekten der Agenda 2010, der heutige Finanzminister Olaf Scholz in Aussicht stellt, dass der Sozialstaat auch nach Corona eher stärker als schwächer auftreten werde. Man könnte daher vermuten, dass die Pandemie nicht nur eine sozialmoralische Zeitenwende signalisiert. Sie könnte auch ‚neuen', in Wirklichkeit aber ziemlich alten und nun wieder für gut befundenen politischen Ideen Platz verschaffen. Die Zeichen deuten auf eine substanzielle Schwächung des Neoliberalismus als gesellschaftspolitisches Konzept. Denn zweifellos haben sich die Diskurs-Formationen verschoben. Möglicherweise ist es sogar an der Zeit, sich von der ideologischen Sozialfigur des unternehmerischen Selbst zu verabschieden.

Entgegen des allgemeinen Solidaritätstaumels mahnen allerdings manche Expert*innen, dass Sars-Cov-2 nicht nur einen Solidaritätsschub bewirkt, sondern soziale Gräben vertieft. Der Berliner Kultursoziologe Andreas Reckwitz befürchtet etwa, dass das Corona-Virus die sozialen Milieus neu spaltet. Die Berliner Arbeitsmarkt- und Bildungssoziologin Jutta Allmendinger sieht die Geschlechterverhältnisse um drei Jahrzehnte zurückgeworfen. Denn in der Sozialstruktur der postindustriellen Klassen-Gesellschaft sind die Ressourcen für die Bewältigung der Risikokonstellation der Corona-Krise massiv ungleich verteilt. So verfügen die urbanen, akademisch geprägten Milieus der neuen Mittelklasse über privilegierte Flexibilitäts-Ressourcen, wenn sie ihre Arbeit im ohnehin gewohnten Home Office verrichten – und dabei als quasi unbeabsichtigte Nebenfolge eine Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse betreiben, wenn sie in alte Arbeitsteilungsmuster zurückfallen. Zugleich schuftet die nun als systemrelevant geadelte Serviceklasse, viral exponiert, davon zwei Drittel Frauen, noch mehr als gewohnt, etwa die vielgelobten Supermarkt-Kassierer*innen. Die Spiegel-Kolumnistin Margarete Stokowski spitzt diesen sozialen Graben zu, wenn sie mutmaßt, dass die urbane Mittelklasse die Krise in einen Zuhause-Urlaub auf ihrer Dachterrasse umfunktioniere, während ressourcenschwache Gesellschaftsmitglieder ums nackte Überleben kämpfen – und vielleicht sogar gegen den Sog der Re-Traditionalisierung ankämpfen.

Offensichtlich führt uns die Corona-Krise nicht nur das Scheitern neoliberaler Gesellschaftspolitik vor Augen, sondern auch ihre Auswüchse. Dabei ist zum jetzigen Zeitpunkt offen, ob sich der symbolische Aufstieg der Einzelhandels- und Pflegekräfte zu »Helden der Gesellschaft«, wie sie jetzt oft genannt werden, später auch materiell auszahlt. Mit Blick auf die »kreative Klasse« könnte man daran Zweifel hegen. Obzwar sie oft zu gesellschaftlichen Vorreitern erklärt wurde und immer wieder auf die wirtschaftliche Potenz der Kultur- und Kreativwirtschaft hingewiesen wird, hat der symbolische Aufstieg von Kulturschaffenden zu Kreativen wenig bis gar nichts an der prekären Soziallage ihres Löwenanteils geändert. Vor allem die projektabhängig tätigen, vielfach in hybriden Erwerbskontexten arbeitenden Kulturschaffenden der »kreativen Klasse« sind in eine verschärft existenziell bedrohliche Situation geraten, wie überhaupt der ganze Kunst-, Musik- und Theaterbetrieb. Doch schon bereits vor der Corona-Krise konnten laut den Daten des Bundeswirtschaftsministeriums mindestens ein Drittel aller Erwerbstätigen im Kultur- und Kreativbereich ihren Lebensunterhalt nicht allein aus ihrem Hauptberuf bestreiten. Für sie –

wie für viele andere in und außerhalb des Kulturbereichs – droht die Corona-Krise zu einer Re-Traditionalisierungsfalle *und* existenzvernichtenden Armutsfalle zu werden.

Rückt die Gesellschaft im Moment der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedrohung also näher zusammen? Für eine Antwort darauf ist es zu früh. Zu offensichtlich liegen die Widersprüche vor uns. Denn das Solidaritätshoch ist nicht nur zerbrechlich. Es ist auch trügerisch. Auf der Hand liegt, wo seine Demarkations- und Ungleichheitslinien verlaufen. Sollten sich jedoch die diskursiven Verschiebungen zu einem realpolitischen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Bewertung von Arbeit verdichten, hätte sich die Corona-Krise in der Tat als eine Zündschnur für gesellschaftliche Solidaritätsszenarien entpuppt, um die Karten des gesellschaftlichen Zusammenlebens neu zu mischen. Für den Kulturbereich böte sich unter anderem an, den Vorschlag des deutschen Kulturrates aufzugreifen und zeitlich befristete Steuererleichterungen zu realisieren sowie einen Kulturinfrastrukturfonds einzurichten. Nicht zuletzt, weil die wirtschaftlichen Soforthilfen vielfach an solo-selbstständigen Künstler*innen vorbeigehen. Zudem wäre ein erleichterter Zugang in die Sozialversicherungssysteme oder eine dauerhafte Erhöhung des Bundeszuschusses für die KSK denkbar. Diese Maßnahmen wären sicherlich einer von vielen Bausteinen für eine neue solidarische Gesellschaft.

In einer post-viralen Konstellation wird auszufechten sein, wer sich mit seinen/ihren politischen Ideen durchsetzen und einen möglichen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Bewertung von (Kultur-)Arbeit und Leben prägen kann. Inwieweit daher die viel beschworene Solidarität mehr ist als eine sozialmoralische Eintagsfliege und stattdessen zu politischen Konzepten gerinnt, muss sich erst noch erweisen. Doch immerhin hat sich das Fenster für eine gesellschaftspolitische Zeitenwende einen Spalt breit geöffnet.

Literatur

Bude, Heinz (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München: Hanser.

Manske, Alexandra (2016): Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang. Bielefeld: transcript.

Dr. habil. Alexandra Manske, Berlin und Hamburg
Soziologin & Politikwissenschaftlerin, Researcher an der Hafen City Universita¨t Hamburg & Professorin im Studiengang Sozialpädagogik und Management an der iba dual, internationale Berufsakademie